

Gründungs- versammlung



20. April 1988 · Bonn · Konrad-Adenauer-Haus

→ 20.4

Rede
des CDU-Bundesvorsitzenden
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
bei der
Gründungsversammlung der Senioren-Union
am 20. April 1988
in Bonn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 20.04.88, 15.00 Uhr

Heute ist ein wichtiger Tag - für unsere Partei, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, aber auch für unsere Gesellschaft insgesamt und vor allem für die älteren Menschen. Zum ersten Mal wird heute bei uns im Rahmen einer demokratischen Partei eine eigenständige Vereinigung gegründet, die als Partner und Anwalt der älteren Generation auftritt.

Sie haben heute vormittag eine Satzung verabschiedet und einen Vorstand gewählt. Nach den Jahren einer manchmal mühevollen, immer aber engagierten und unermüdlichen Aufbauarbeit ist die Gründung unserer Senioren-Union damit abgeschlossen. Ihnen und allen Mitgliedern und Freunden der Senioren-Union möchte ich dazu herzlich gratulieren.

Ich verbinde damit auch meine Glückwünsche an den neugewählten - den ersten - Bundesvorstand der Senioren-Union. Bei dieser Gelegenheit möchte ich vor allem Gerhard Braun für seine Aufbauarbeit danken, die er in den vergangenen Jahren als Seniorenbeauftragter der CDU geleistet hat.

Ich weiß, daß die Aufgabe des neuen Vorstandes nicht einfach sein wird. Einer neugegründeten Vereinigung vorzustehen, gleicht in gewisser Weise einer Reise ins Unbekannte - man kann noch nicht an Erfahrungen und Leistungen von Vorgängern anknüpfen, man kann sich auch noch nicht an bewährten Maßstäben orientieren. Sie selbst werden diese Maßstäbe erst setzen müssen.

Ich weiß aber auch, daß sich niemand dieser Herausforderung mit größerem Selbstbewußtsein stellen kann als Sie. Sie gehören einer Generation an, die nach bitteren Erfahrungen und in schwieriger Zeit Leistungen vollbracht hat, die kaum jemand für möglich gehalten hätte und die uns bis heute mit Bewunderung und Dankbarkeit erfüllen. Es ist dieselbe Generation, die nach dem Ende von Krieg und Diktatur eine freiheitliche Republik errichtet hat. Es ist die Generation, die auch die Christlich Demokratische Union Deutschlands gegründet und auf unverwechselbare Weise mitgeprägt hat.

Durch ihr Engagement in der Senioren-Union haben Sie Ihre Bereitschaft bekundet, auch in Zukunft der freiheitlichen Ordnung zu dienen, die Sie mit geschaffen haben. Dafür danke ich Ihnen. Es ist gut zu wissen, daß die CDU auch in Zukunft auf die reichen Erfahrungen, auf den Mut und die Einsatzbereitschaft Ihrer Generation nicht zu verzichten braucht.

Der heutige Tag stärkt und bereichert die CDU. Er setzt aber gleichzeitig ein Zeichen weit über die Grenzen unserer Partei hinaus. Dieses Zeichen gilt allen älteren Mitbürgern und es spiegelt ihr verändertes Bewußtsein ebenso wider wie die beständig gewachsene - und weiter wachsende - Bedeutung der älteren Generation in unserer Gesellschaft.

Immer mehr Menschen haben - nicht zuletzt dank des medizinischen Fortschritts - heute die Möglichkeit, ihr Leben bis ins hohe Alter in Gesundheit, in geistiger und körperlicher Vitalität zu verbringen. Sie gehören bei Eintritt in den Ruhestand nicht zum "alten Eisen" - wie man früher einmal geringschätzig gesagt hat -, sie sind leistungsfähig und voller Ideen.

Viele ältere Menschen wollen deshalb auch im Alter aktiv sein. Entsprechend ändert sich auch das Verständnis von Ruhestand: Ruhestand bedeutet heute kaum noch, sich zurückzuziehen und auszuruhen, sondern: Zeit und Ruhe zu haben für andere interessante und erfüllende Tätigkeiten, die während des Berufslebens zu kurz gekommen sind.

Dieses Verständnis von Ruhestand gleicht eher dem, was im klassischen Griechenland unter "Muße" verstanden wurde. Es dokumentiert gleichzeitig den Anspruch - und das selbstverständliche Recht - der älteren Generation, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Ältere Menschen wollen heute eingebunden sein, sie wollen mitwirken und mitgestalten und dafür die Anerkennung finden, die sie verdienen.

Die CDU hat mit der Gründung der Senioren-Union diesem tiefgreifenden Wandel Rechnung getragen. Wir können zu Recht stolz darauf sein, als erste Partei eine eigene Vereinigung für die ältere Generation zu haben.

Die Senioren-Union ist so nicht nur Ausdruck eines erwachenden Selbstbewußtseins älterer Menschen. Sie steht auch beispielhaft für die Fähigkeit der Union, auf gesellschaftliche Entwicklungen neue und schöpferische Antworten zu geben.

Seit jeher hat sich die CDU zur Solidarität mit den älteren Menschen bekannt. Die Verantwortung für die ältere Generation gehört gleichermaßen zu unserem Selbstverständnis wie zur Tradition unserer Politik. Wer könnte zum Beispiel vergessen, daß die Rentengesetzgebung von 1957 zu den großen Reformwerken in der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer gehört.

Aber mit dem heutigen Tag ist diese Verantwortung noch sichtbarer, sind die Bindungen stärker geworden. Unsere älteren Mitbürger verfügen jetzt erstmals über eine eigene Interessenvertretung, die nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch in der Öffentlichkeit als Sprachrohr wirken wird.

Die Senioren-Union wird den Zugang älterer Menschen zu unserer Partei und zu politischem Engagement erleichtern. Sie wird die Meinungen und Wünsche, die Bedürfnisse und Sorgen der älteren Generation in die CDU tragen und so - im Rahmen unserer großen Volkspartei - zu einer Politik beitragen, die breite Schichten der Bevölkerung anzusprechen vermag.

Die Senioren-Union wird gleichzeitig aber immer mehr sein als eine Interessenvertretung - so wie auch CDU und Union mehr sind als die Summe ihrer Teile. Natürlich treten alle Vereinigungen so engagiert wie möglich für die Gruppe ein, die sie vertreten, und die Senioren-Union wird und kann da keine Ausnahme machen. Würden die Vereinigungen ihre Arbeit aber nur auf dieses Ziel beschränken, würde sich die Politik der CDU so als ein beständiges Gegeneinander verschiedener Gruppeninteressen darstellen, die Atomisierung, ja der Zerfall unserer Partei wären auf Dauer nicht aufzuhalten.

Wir sind zuerst Mitglieder der Christlich Demokratischen Union und dann erst Mitglieder einer Vereinigung. Konrad Adenauer hat immer wieder gemahnt, die CDU müsse eine Volkspartei sein, und keine Sammelpartei. Deshalb erfüllen auch die Vereinigungen der CDU stets eine doppelte Funktion.

Indem sie nicht nur die Ansichten einer bestimmten Gruppe in die CDU tragen, sondern umgekehrt in dieser Gruppe auch für die Überzeugungen und Ideale unserer Partei werben, dienen sie der gemeinsamen Idee, die uns zusammengeführt hat. Es ist die Idee einer Politik, die vom christlichen Verständnis des Menschen, vom Primat der Menschenwürde und von dem unauflösllichen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung geprägt ist.

Auf diesem geistigen Fundament ist unsere Partei entstanden, auf ihm versammeln sich bis heute Menschen aus den unterschiedlichsten Schichten und Generationen.

Auf ihm beruht schließlich unser Grundsatzprogramm, das unser Selbstverständnis und unsere politischen Ziele gültig definiert. Es ist gleichzeitig Grundlage und Wegweiser der Politik, die wir seit 1982 im Dienst unseres Vaterlandes gestaltet haben.

Nicht immer ist diese Grundlage in den vergangenen Jahren deutlich genug zum Ausdruck gekommen. Zu oft haben schwierige und notgedrungen kontroverse Diskussionen über Einzelfragen den Kern politischer Entscheidungen verdeckt. Um so wichtiger ist es, daß wir uns unseren geistigen Standort immer wieder vergegenwärtigen - und daß wir vor allem auch in der Öffentlichkeit deutlich machen, wie sich unsere Politik konsequent an fundamentalen Wertüberzeugungen orientiert.

So kommt zum Beispiel unser christliches Verständnis der Schöpfung sowohl in unserer Familien- als auch in unserer Umweltpolitik auf eindrucksvolle Weise zur Geltung. In beiden Bereichen haben wir seit der Regierungsübernahme nicht nur einfach Fortschritte, sondern regelrechte Durchbrüche erzielt - Veränderungen, die weit über die materielle Dimension hinausreichen und sich bis in das Bewußtsein und die Werthaltungen der Menschen erstrecken.

Familien- und Umweltpolitik genießen heute nicht nur einen ganz anderen Stellenwert als früher. Sie werden auch aus einem anderen Geist heraus gestaltet.

So haben wir die Familie - als ersten und wichtigsten Ort individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung - gestärkt und wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt. Mit steuerlichen Entlastungen, mit der Einführung des Erziehungsgeldes und der Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht haben wir die finanziellen Bürden der Familien erleichtert.

Das sind wegweisende Reformwerke, die für immer mit dem Namen der Christlich Demokratischen Union verbunden bleiben. Wir haben damit in einem zentralen Punkt unser Grundsatzprogramm von 1978 erfüllt.

Wir haben so gleichzeitig einen Beitrag geleistet, um die Bedeutung der Familie im Bewußtsein der Menschen zu verankern - vor allem auch den Wert der Erziehungsleistung, der sich mit einem materiellen Maßstab eigentlich gar nicht ermessen läßt.

Es ließen sich weitere Beispiele anführen - so vor allem auch in der Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt- und Außenpolitik. Die Erfolge, die wir in den letzten Jahren gerade auch auf diesen Gebieten errungen haben, beruhen im wesentlichen auf der Festigkeit, mit der wir grundlegende Überzeugungen in politische Entscheidungen umgesetzt haben.

Heute bietet die Bundesrepublik Deutschland das Bild eines in seinen Grundfesten konsolidierten, wirtschaftlich erfolgreichen und international geachteten Staates.

Durch die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft haben wir zu einem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen, der mittlerweile in sein sechstes Jahr geht. Die Preise sind stabil wie kaum irgendwo sonst in

der Welt, die Renten sind sicher, und Hunderttausende neuer Arbeitsplätze wurden geschaffen - auch wenn wir uns damit angesichts eines beschleunigten Strukturwandels noch lange nicht zufriedengeben können.

Wegweisende Entscheidungen haben wir auch beim Schutz von Natur und Umwelt getroffen. Heute ist die Bundesrepublik Deutschland Vorreiter beim Umweltschutz.

Eine solche Politik entspringt nicht einem technokratischen Krisenmanagement, sie ist Ausdruck wertorientierten Handelns. Sie spiegelt unser Verständnis von verantworteter Freiheit wider - einer Freiheit, die sich dort Schranken auferlegt, wo es die Verantwortung für den Nächsten und für die Schöpfung gebietet.

Nach außen hat die Bundesrepublik ihren Platz im westlichen Bündnis gefestigt. Wir haben gemeinsam mit Frankreich der europäischen Einigung neuen Schwung verliehen und entscheidend dazu beigetragen, daß Ost und West den historischen Einstieg in eine beiderseitige und kontrollierte Abrüstung geschafft haben.

Und doch: Wir wissen, daß wir mit diesen Erfolgen nur eine Zwischenetappe erreicht haben - und daß der schwierigere Teil des Weges noch vor uns liegt.

In der Kontinuität unserer Politik und im Bewußtsein ihres geistigen Fundaments müssen wir uns nun unserer vornehmsten Aufgabe stellen: der vorausschauenden und vorsorgenden Gestaltung der Zukunft.

Darum geht es auch bei unserem Bundesparteitag im Juni in Wiesbaden. Wir werden dort unter anderem auch über das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik diskutieren - eine Diskussion, die für unsere Partei und ihre Vereinigungen, für alle Mitglieder und Freunde von größter Wichtigkeit ist.

Ich rufe die Senioren-Union auf, sich intensiv an den Vorbereitungen zu beteiligen. Ich weiß, wie sensibel gerade auch die ältere Generation für Fragen der ethischen und geistigen Standortbestimmung ist, und wie wertvoll deshalb ihre Beiträge für unsere Beratungen sein können. Im übrigen wird es Aufgabe der Senioren-Union sein, nicht nur bei Fragen, die die ältere Generation betreffen, ein gewichtiges Wort mitzusprechen, sondern bei allen politischen Themen von Bedeutung.

Es ist meine feste Überzeugung: Wir werden die Herausforderungen der Zukunft nur bestehen können, wenn wir geistig dafür gerüstet sind. Wir müssen unbeirrt an unseren Wertüberzeugungen festhalten - aber wir müssen auch in der Lage sein, aus ihrem Geist heraus neue Gedanken und Lösungen zu entwickeln, die den Sorgen und Wünschen der Menschen gerecht werden.

- Nur so werden wir zum Beispiel Antworten auf die drängenden ethischen Fragen geben können, die vor allem der rasante Fortschritt bei Gentechnologie und Fortpflanzungsmedizin aufwerfen. Wir werden es nicht zulassen, daß der Mensch zum Gegenstand genetischer Manipulationen herabgewürdigt wird, und der Wunsch nach Kindern darf nicht zu unwürdigen Geschäften führen.

- Auch bei der Außen- und Deutschlandpolitik geht es um zentrale Wertentscheidungen. Richtschnur sind für uns Achtung und Schutz der Menschenwürde, die Menschen- und Freiheitsrechte sowie das Recht auf freie Selbstbestimmung. Um eine solche wertorientierte Politik zu verwirklichen, brauchen wir einen langen Atem ebenso wie Sinn für die Realitäten.

Zu diesen Realitäten gehört immer der Wille der Deutschen, die Teilung zu überwinden und in Freiheit zusammenzukommen. Deshalb halten wir fest an der Präambel unseres Grundgesetzes, die unserer Überzeugung entspricht und die uns auffordert, "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung trägt dazu bei - zum Beispiel dadurch, daß sie mehr Möglichkeiten zur Begegnung schafft und auch auf diese Weise das Bewußtsein für die Einheit der Nation wachhält.

Konrad Adenauer hat unser Ziel gültig definiert: "In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland."

Zu den Realitäten gehört, daß wir diesem Ziel nur mit einer Politik dienen, die auf der Solidarität und der engen Bindung mit den Ländern des Westens und auf einem konstruktiven Verhältnis zum Osten beruht.

Wer von einer Lösung der deutschen Frage im nationalen Alleingang träumt, hat die Lektion der Geschichte dieses Jahrhunderts nicht begriffen.

Die Teilung unseres Vaterlandes und des europäischen Kontinents haben im Kern denselben Ursprung - den ideologischen und machtpolitischen Gegensatz zwischen West und Ost, die Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur.

Dieser Gegensatz besteht fort und er verweist uns auf die Notwendigkeit, Frieden und Freiheit zu schützen. Wir wollen Zusammenarbeit mit allen Staaten des Warschauer Pakts, wir wollen vor allem auch weitere Fortschritte bei der Abrüstung - aber wir müssen dabei unsere Fähigkeit zu einer gesicherten Verteidigung bewahren.

Unsere feste und solidarische Einbindung in die NATO bleibt deshalb unverzichtbar, und die Bundeswehr ist auch in Zukunft der notwendige Garant unserer Sicherheit. Bekennen wir uns zu einem wirkungsvollen Schutz von Frieden und Freiheit - und wirken wir gleichzeitig für eine Überwindung der deutschen Teilung in einer europäischen Friedensordnung.

- Nur wenn wir fähig sind zu einem Denken in europäischer Perspektive, fähig aber auch zu neuen Ideen und zum Umdenken, werden wir die Bundesrepublik Deutschland auf den europäischen Binnenmarkt vorbereiten können. Die Verwirklichung dieses Binnenmarktes bis 1992 wird der europäischen Einigung entscheidende politische Impulse geben. Sie wird aber ebenso wirtschaftliche Vorteile bringen, von denen alle Mitgliedstaaten profitieren - vor allem die Bundesrepublik Deutschland.

Wir wollen die Chancen des Binnenmarktes nutzen, aber wir dürfen dann nicht an alten, überholten Strukturen festhalten, die die Erneuerung und das Wachstum unserer Wirtschaft behindern. In vielen Bereichen werden schwierige, aber unverzichtbare Anpassungsprozesse notwendig sein.

- Umdenken müssen wir schließlich auch, wenn wir den einschneidenden demographischen Umbruch bewältigen wollen, auf den wir uns einzustellen haben. Viele haben die absehbare Entwicklung noch gar nicht richtig zur Kenntnis genommen, doch schon heute müssen wir Vorkehrungen treffen, wenn unser Land vor schweren Erschütterungen bewahrt werden soll.

Sie alle kennen die "Alterspyramide" - die graphische Darstellung des Altersaufbaus in unserer Gesellschaft. Diese Alterspyramide wird in den kommenden Jahren völlig auf den Kopf gestellt, sie wird eher einem Pilz gleichen. Das heißt: Vielen alten werden dann wenige junge Menschen gegenüberstehen.

Ich will vor allem dieses Beispiel herausgreifen. Es zeigt sehr eindringlich die Dimension der Herausforderung, vor der wir stehen. Es verweist aber ebenso auf zwei wichtige Aspekte, von denen eine Lösung entscheidend mit abhängen wird:

- Zum einen wird der demographische Umbruch die Solidarität in unserer Gesellschaft auf eine schwere Probe stellen. Mehr als bisher wird ein enges und vertrauensvolles Miteinander der Generationen gefordert sein. Jeder einzelne ist aufgerufen, nicht nur für sich selbst, sondern auch und gerade für den Nächsten einzustehen - das Familienmitglied, den Nachbarn, den Kollegen - jeden, der auf Hilfe angewiesen ist.
- Damit im Zusammenhang steht der zweite Aspekt, und er betrifft in besonderem Maße die Senioren-Union: In Zukunft werden die älteren Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft eine erheblich größere Rolle spielen. Allein schon die wachsende Zahl älterer Menschen und die Probleme, die der demographische Umbruch gerade für sie mit sich bringt, machen ihre Mitwirkung nicht nur wünschenswert, sondern unentbehrlich.

Eine Politik, die verantwortlich die Zukunft gestalten will, muß deshalb eine Politik für die ältere Generation sein - und zugleich mit ihr.

Unsere Gesellschaft muß sich der älteren Generation zuwenden, ohne sie zu bevormunden. Sie muß ihr ein Leben in Selbständigkeit und Sicherheit ermöglichen - ein Leben in Würde.

Damit sind nicht nur die materiellen Bedingungen gemeint. Aber soziale Sicherheit ist eine wesentliche Grundlage für ein zufriedenes Leben im Alter. Sie schafft erst die Voraussetzungen, um schöpferisch an der Entwicklung der Gesellschaft teilzuhaben.

Wir müssen deshalb große Anstrengungen unternehmen, um unsere sozialen Sicherungssysteme im Blick auf die Zukunft zu stabilisieren. Diese Aufgaben stehen auch im Mittelpunkt des Arbeitsprogramms, das sich die von mir geführte Bundesregierung für die nächsten Monate vorgenommen hat.

Bei aller notwendigen Diskussion um Einzelpunkte - kein Weg führt an der Reform der Rentenversicherung sowie der des Gesundheitswesens vorbei. Wir müssen und wir werden mit diesen Vorhaben Erfolg haben - aus Verantwortung für unser Land und seine Bürger.

Seit 1960 sind die Kosten im Gesundheitsbereich dreimal so schnell gestiegen wie die Löhne und Gehälter. Wir geben zur Zeit im Jahr rund 125 Milliarden DM im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung aus. Diesen

Hintergrund müssen wir bei der Auseinandersetzung um die Kostendämpfung im Gesundheitswesen immer wieder in Erinnerung rufen. Jeder kann sich vorstellen, was es bedeuten würde, sollte sich eine solche Entwicklung ungebremst fortsetzen, ja gar noch beschleunigen.

Mit der von der Bundesregierung geplanten Reform werden wir die drohenden Fehlentwicklungen abwenden und Spielraum gewinnen für neue Aufgaben. So wollen wir zum Beispiel die häusliche Pflege stärker fördern und damit ein Problem aufgreifen, das viele ältere Menschen in besonderem Maße betrifft.

Alles, was zum Schutz und zur Pflege der Gesundheit notwendig ist, wird auch in Zukunft selbstverständlich bezahlt werden. Niemand muß Angst haben, daß ihm Hilfe versagt bleibt, weil er kein Geld hat.

Unsere Gesundheitsreform verfolgt drei Hauptziele:

- Wir wollen erstens die medizinischen Leistungen auf das medizinisch Notwendige konzentrieren. Das hat nichts mit Billigmedizin zu tun. Im Gegenteil: Es ist notwendig, um unseren hohen medizinischen Standard langfristig finanzierbar zu halten und den Kranken auf Dauer jede mögliche und nötige Hilfe sichern zu können.
- Wir wollen zweitens mit einem Teil des eingesparten Geldes - neben einer Stärkung der häuslichen Pflege - mehr tun für die Vorsorge und die Bekämpfung der großen Volkskrankheiten wie Krebs, Rheuma, Herz- und Kreislaufkrankheiten,
- und wir wollen drittens die Beiträge senken und langfristig auf niedrigerem Niveau stabilisieren, damit die Beitragszahler nicht überfordert werden. Und glauben Sie mir: Auch bei stabilen Beitragssätzen können wir uns Forschung und medizinischen Fortschritt leisten.

Sagen Sie dies bitte auch Ihren älteren Mitbürgern. Gerade sie sind durch die Kampagnen der letzten Zeit oft unnötig verunsichert worden - Kampagnen, die ja nicht vornehmlich dem Wohl der älteren Generation, sondern ganz bestimmten Einzelinteressen dienen sollen.

Ich füge hinzu: Die Art und Weise, wie die Auseinandersetzung von manchen Beteiligten geführt, wie manchmal auch Norbert Blüm persönlich verunglimpft wird, ist für mich unerträglich. Lassen Sie es mich so drastisch sagen: Es ist eine Schande, wie mit der Angst alter Menschen Politik gemacht werden soll.

Manche Ausfälle der letzten Zeit stehen für eine Verrohung des politischen Stils in der Bundesrepublik Deutschland, der mich mit tiefer Sorge erfüllt. Alle, die sich an politischen Diskussionen beteiligen, rufe ich dazu auf, zu einem menschlich erträglichen und würdigen Umgang beizutragen - und, wo nötig, zurückzufinden. Im übrigen wird auch nur sachliche und konstruktive Kritik gehört.

Nach der Reform des Gesundheitswesens werden wir - noch in dieser Legislaturperiode - auch die Reform der Rentenversicherung in Angriff nehmen. Mit unseren früheren Maßnahmen haben wir die Rentenfinanzen für die nächsten Jahre wieder auf eine stabile und sichere Grundlage gestellt. Mit Recht können wir den älteren Mitbürgern deshalb sagen: Ihre Renten sind und bleiben sicher.

In der Zukunft wird der demographische Umbruch aber auch die Rentenversicherung in Mitleidenschaft ziehen. Während heute zum Beispiel zwei Beitragszahler eine Rente finanzieren, ist nach skeptischen Prognosen nicht auszuschließen, daß sie im Jahr 2030 für drei Renten aufzukommen haben. Es liegt auf der Hand, daß wir unter diesen Bedingungen um eine Strukturreform nicht herumkommen.

Auch in diesem Fall werden wir Lösungen finden, die die bewährten Grundelemente des Systems erhalten. Vor allem werden wir die notwendigen Mehrbelastungen gerecht auf alle Beteiligten verteilen, und ich wünsche mir sehr, daß zumindest dieses wichtige Vorhaben mit einer möglichst breiten Zustimmung verwirklicht werden kann.

Sie sehen: Schon jetzt ist unsere Politik, mit der wir die Zukunft unseres Landes gestalten wollen, in besonderem Maße auch auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet. Wir wollen die Lebenssituation unserer älteren Mitbürger verbessern und ihnen neue Perspektiven für ein erfülltes und zufriedenes Leben geben.

Wir wissen aber auch - und gerade die Senioren-Union mahnt uns dazu: Wir müssen noch mehr tun.

So gilt es zum Beispiel, gegen die Erscheinung einer "verschämten Altersarmut" anzugehen. Sie betrifft vor allem ältere Frauen, die oft nur eine unzureichende Altersversorgung erhalten.

Ich will der Diskussion unseres nächsten Parteitages in sieben Wochen nicht vorgreifen und möchte hier nur soviel sagen: Die Anrechnung von Erziehungszeiten war ein erster wegweisender Schritt zur Lösung dieses Problems, dem weitere folgen müssen - sorgfältig vorbereitet und solide finanziert.

Vor allem aber müssen wir unseren älteren Mitbürgern neue Wege eröffnen, damit sie ihre oft noch ungebrochene Schaffenskraft mehr als bisher zum Wohl der Gesellschaft einbringen können. Auch in diesem Zusammenhang ist das Umdenken erforderlich, von dem ich gesprochen habe. Unsere Gesellschaft muß insgesamt flexibler und offener werden.

So müssen wir zum Beispiel von der überholten Vorstellung Abschied nehmen, daß das Lernen sich auf eine ganz bestimmte Phase des Lebens beschränkt. In Zukunft wird Lernen ein selbstverständlicher Bestandteil des gesamten Lebens sein und uns bis ins hohe Alter begleiten - als berufliche Weiterbildung ebenso wie als sinnvolle Freizeitbeschäftigung, als wertvolle und bereichernde Erweiterung des geistigen Horizonts. Dazu gehört, daß die Hochschulen ihre Tore für die ältere Generation weiter öffnen. Ich freue mich, daß sich die Senioren-Union gerade auch auf diesem Gebiet besonders engagiert. Erst vor wenigen Tagen hat sie eine aufschlußreiche Dokumentation vorgelegt, die hoffentlich wichtige Impulse geben wird.

Neue Lösungen müssen wir auch bei der Gestaltung der Lebensarbeitszeit finden. Viele ältere Menschen empfinden die heute gültigen Altersgrenzen als zu starr und willkürlich - zu Recht, werden sie doch ihren individuellen Bedürfnissen und Wünschen in keiner Weise gerecht. Statt von einem Tag auf den anderen abrupt mit der Arbeit aufhören zu müssen, würden viele einen gleitenden und flexiblen Übergang in den Ruhestand vorziehen. Manche würden gern früher in den Ruhestand gehen, andere lieber länger arbeiten, als es ihnen derzeit möglich ist.

Wir müssen deshalb dringend über eine Flexibilisierung bei der Lebensarbeitszeit nachdenken - nicht nur im Interesse unserer älteren Mitbürger. Die Bundesrepublik Deutschland wird als Wirtschaftsstandort auf Dauer nur attraktiv bleiben, wenn insgesamt wieder mehr statt weniger gearbeitet wird.

Eine Möglichkeit für ältere Menschen, den Dienst für die Gemeinschaft mit dem eigenen Wunsch nach sinnvoller Betätigung zu verbinden, liegt schließlich im ehrenamtlichen Engagement. Schon heute ist nicht vorstellbar, wie die oft zeitraubende Arbeit in vielen Selbsthilfegruppen, Vereinen oder Nachbarschaftsinitiativen geleistet werden könnte ohne die Mitarbeit vieler älterer Mitbürger. Dieses Engagement ist unspektakulär, es macht keine Schlagzeilen - und gerade deshalb ist es ein besonders eindrucksvolles Beispiel für selbstlosen Einsatz und praktizierte christliche Nächstenliebe.

Auf dem Gebiet des ehrenamtlichen Engagements stellen sich noch zahlreiche Aufgaben, die bisher kaum oder nur unzulänglich in Angriff genommen worden sind - Aufgaben, die in privater Initiative erheblich besser gelöst werden können als jemals durch staatliche Institutionen. Unsere Gesellschaft wird mehr denn je darauf angewiesen sein, daß neue Probleme im Rahmen nach- oder auch nebenberuflicher Tätigkeit gelöst werden.

Viele Menschen sind immer noch zu sehr fixiert auf die Erwerbsarbeit - nach der Devise: Nur was bezahlt wird, wird auch anerkannt. Wir müssen demgegenüber das Bewußtsein dafür schärfen, daß die Arbeit in der Familie oder im Ehrenamt das gleiche gesellschaftliche Ansehen verdient wie die Arbeit im Beruf. Wer Kinder erzieht, wer einen behinderten Angehörigen pflegt oder im Krankenhaus das Gespräch mit kranken Menschen sucht, leistet einen wertvollen und unersetzlichen Beitrag zum Wohl unseres Landes. Er verdient unseren Dank und unsere Unterstützung.

Ein solches Engagement ist gleichzeitig ein wichtiger Beitrag, um die menschliche Wärme unseres Landes zu bewahren - um so mehr, wenn es in wachsendem Maß von älteren Menschen übernommen wird. Gerade ältere Menschen verfügen - als Frucht reicher Erfahrungen - oft über Einsichten und Gaben, die in unserer manchmal hektischen Gesellschaft segensreich wirken können. Ich spreche von Geduld, von Güte und von Sinn für die Unvollkommenheit menschlichen Handelns. Ich spreche auch von dem Wissen um den Wert von Heimat, Tradition und kultureller Identität - Quellen der Geborgenheit, die jungen Menschen manchmal noch nicht unmittelbar zugänglich sind.

Eine Gesellschaft verarmt, wenn sie den Sinn für die Würde des Alters verliert, und auf den Schatz reicher Erfahrungen und Einsichten können wir heute weniger verzichten denn je.

Indem unsere älteren Mitbürger - gerade auch im Gespräch mit der jungen Generation - solche Erfahrungen und Einsichten vermitteln helfen, prägen sie unsere Gesellschaft auf eine stille, aber nachhaltige Weise. Sie stärken ihre geistige Kraft im Blick auf die Zukunft.

Das ist vielleicht der wichtigste Grund, warum unser Land es sich nicht leisten kann, die ältere Generation ins Abseits zu schieben. Wir brauchen die älteren Menschen - ihren Sachverstand, ihre Leistungskraft, ihre Weisheit.

Deshalb ist die Gründung der Senioren-Union nicht nur ein Angebot an die ältere Generation. Sie ist vor allem eine Notwendigkeit für unsere Partei wie für unser politisches Leben überhaupt. Ich bitte Sie, die Mitglieder der Senioren-Union, herzlich: Leisten sie Ihren Beitrag, um Politik mit der Würde und der ruhigen Kraft Ihrer Generation zu prägen.

Nur mit Hilfe der älteren Generation wird unsere große Volkspartei, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, auch im kommenden Jahrzehnt die bestimmende politische Kraft bleiben. Nur mit Hilfe der älteren Generation werden wir die Zukunft gewinnen können - im Dienst unseres Vaterlandes und seiner Menschen.